

Das ist wahrlich Zivilcourage

„Letzte Generation“: „Härtere Strafen wären destruktiv“ und „Radikal richtig“, FR-Politik und -Titel vom 26. November

Geldstrafen sind angemessen

Strafrechtler Fynn Wenglarczyk zweigt die juristische Aussichtslosigkeit auf, den Aktionisten der „Letzten Generation“ Straffreiheit für ihre Aktionen des zivilen Ungehorsams zukommen zu lassen. Seinen Vorschlag, die Ahndung der Rechtsverstöße dieser Gruppe juristisch unterhalb des Strafniveaus zu halten und sie zu gemeinnützigen Arbeiten, vorzugsweise im Klimaschutz, zu verdonnern, halte ich für sehr unangemessen. Der Protest der Gruppe ist, was sein Thema und seine Zielsetzung betrifft, legitim, wenn auch in der Mittelwahl nicht legal. Es käme einer Beleidigung gleich, ihnen quasi Erziehungs- bzw. Bildungsmaßnahmen aufzuzwingen. Genau in diesem Sinn engagieren sich die Mitglieder der „Letzten Generation“ ja. Ihnen braucht man prosoziales Handeln nicht beizubringen.

Ich halte Geldstrafen für angemessen. Dann kann das aufgeklärte demokratische Publikum massenhaft Geld spenden. Das würde die Aktivisten von weiterem Schaden freihalten, ihnen ein verdienten Kompliment machen und zugleich den gesellschaftlichen Willen zu einer sinnvollen und entschiedenen Umweltpolitik zum Ausdruck bringen.

Manchen wird nun erstaunen, wenn ich zugleich bekenne, dass mir die Protestform nicht gefällt. Mich stört das Selbstopfer. Aber das ist ein kompliziertes Thema, das gesondert zu erörtern wäre. Andere Formen des Protestes, die die Öffentlichkeit und die Politiker*innen zur Aufmerksamkeit zwingen, müssten gefunden werden.

Michael Janowski, Kiedrich

Die Strafverfolgung ist populistisch

Das Titelbild vom 26. November „Radikal Richtig“ hat mich total angesprochen. Endlich wurde

das politische Versagen der letzten Jahrzehnte kommuniziert. Wissenschaftler, Greenpeace, Bund u.a. warnen doch schon unendliche Jahre/Jahrzehnte vor den Folgen des Klimawandels und der Verschwendung von Ressourcen. Leider sind viele politische Parteien aber taub und blind, nach dem Motto „Immer weiter so“. Vielleicht bewirken die Aktivisten der „Letzten Generation“ im Umdenken mehr als die samtweichen Reden mancher unserer Politiker. Populistisch lässt man nun die Umweltschützer strafrechtlich verfolgen.

Wolfgang Köhler, Frankfurt

Schärfere Strafen für die Politik

Vielen Dank für den Leitartikel von Ruth Herberg und den Beitrag von Nina Treu in Gastwirtschaft in der FR vom 26.11. Die Aktionen der Aktivisten mögen strafbar sein und sollten dann auch verfolgt werden. Wann werden dann aber endlich auch jene Politiker von den Gerichten zur Verantwortung gezogen, die wider besseres Wissen über viele Jahre eine sinnvolle Klimapolitik verhindert haben? Hier ist aus meine Sicht eine Verschärfung des Strafrechts längst überfällig.

Stefan Schmitt, Gudensberg

Rechtsstaat im Wandel

Als langjähriger Leser der FR beglückwünsche ich Sie und Autorin Ruth Herberg zum Leitartikel „Mutiger Protest“. Endlich eine Stellungnahme, die sich wohlwendend vom paternalistischen Gerade anderer Publikationen unterscheidet. „Radikal, aber angemessen“ ist das richtige Fazit vor dem Hintergrund der Tatsachen. Was rechtsstaatlich ist, unterliegt historisch dem Wandel. Selbst die „Sklaverei“ war einmal „rechtsstaatlich“. Frauenrechte wurden mit zivilem Ungehorsam erkämpft. Insofern mögen künftige Generationen (wenn es dann nicht nur überlebende Pri-

vilegierte sind) beurteilen, ob der tägliche Ökozid, den wir begehen, und die mangelnde Umkehr in Politik, Verwaltung und Gesellschaft nicht das eigentliche Übel ist. Und warum wird das Bekleckern von Bilderrahmen durch junge Menschen, die ums Überleben kämpfen, so dermaßen unangemessen bekämpft, aber Verbrecher, die Milliarden bewusst mit Cum-Ex stehlen, laufen in der breiten öffentlichen Wahrnehmung unterm Radar? Martin Kaiser, Essen

Wie können junge Leute uns noch was glauben?

Danke für den Titel „Radikal richtig“ Gut, dass sich die FR hinter die „letzte Generation“ stellt, bevor nur mehr die schrillen Stimmen à la „Klima-RAF“ die einzige Deutungshoheit behalten.

Nur leider: Keine 18 Seiten weiter, wird die deutsche Wirtschaftsleistung gefeiert. „Futtern, feiern, reisen, shoppen“: ... Airlines berichten von ausgebuchten Flügen ... und so weiter und so weiter – wie gehabt.

Wir – besonders wir Älteren – wissen seit den 1970er Jahren um die Folgen der Klimaerwärmung, bleiben aber meist fast tatenlos. (Auch meine Wahlstimme hat da wenig geholfen!) 2022, unter dem Vorwand des Ukrainekrieges und, dank einer verschleppten und verhinderten Energiewende hin zu Erneuerbaren, werden weltweit durch Bohrungen, Lieferverträge etc. neue Weichen für jahrzentelange Ausbeutung fossiler Energie zementiert.

Wie sollen junge Menschen noch irgendjemandem glauben, dass sich künftig etwas zum Besseren wendet – und das schnell? Was die Aktivisten der „letzten Generation“ mitsamt den Konsequenzen friedlich tun, hat echte Zivilcourage.

Agnes Stockmann, Offenbach

Diskussion: frblog.de/lastgeneration



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschriフト auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20221128

FR ERLEBEN

Georg Leppert moderiert die Online-Diskussion „WM der Grausamkeiten?“, veranstaltet von der Katholischen Erwachsenenbildung. Mit: Thomas Beschorner (Wirtschaftsethiker), Michael Gabriel (Koordinationsstelle Fanprojekte), Bernd Reisig (Medienmanager), und Martin Stewen (Pfarrer). Registrierung unter <https://bit.ly/3SmoC4Z>
Freitag, 2. Dezember, 20 Uhr

Claus-Jürgen Göpfert spricht über den Kampf um die Binding-Brauerei in Frankfurt mit dem Frankfurter Planungsdezernenten Mike Josef (SPD), C. Schipniewski (Binding-Betriebsratsvorsitzender) und J. Hinzer (Ex-Bundesstreikbeauftragter der NGG).
Montag, 5. Dezember, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

Oliver Teutsch liest aus seinem Fallada-Roman „Die Akte Klabautermann“ und erzählt vom Spagat zwischen den beiden vermeintlich ähnlichen Tätigkeiten als Schriftsteller und Journalisten. Eintritt ist frei, Anmeldung unter 069-554444.
Dienstag, 6. Dezember, 19 Uhr
Denkbar, Spohrstr. 46A, Frankfurt

Größere Probleme

Erwiderung auf „Privatfeuerwerk muss verboten werden“, Forum v. 30.11.

Es ist das Wesen der Demokratie, dass Entscheidungen durch ordnungsgemäß gewählte Volksvertreter getroffen werden und nicht aufgrund irgendwelcher Umfragewerte. Wem das eine oder andere nicht gefällt, kann durch Überzeugungsarbeit versuchen, eine Änderung herbeizuführen, sollte aber trotzdem das aktuelle Ergebnis respektieren.

Wir haben weltweit – gerade in Bezug auf Umwelt und Klimawandel – wahrlich größere Probleme als ein privates Feuerwerk an einem einzigen Tag im Jahr, und eine dramatische Zahl an Verletzten durch staatlich kontrollierte Feuerwerkskörper ist zwar auch ein beliebtes, aber wenig belastbares Argument. Ein generelles und umfassendes Verbot wäre eine deutliche Beschränkung, die meines Erachtens weder gerechtfertigt noch angemessen ist.

Ich bin gerne bereit, auch abweichenden Meinungen ernsthaft Beachtung zu schenken, halte aber wenig von privaten Kreuzzügen mit dem Ziel, anderen seine persönliche Ansicht aufzuzwingen. Auch für mich ist so manches Unfug – ich maße mir trotzdem nicht an, es anderen zu verbieten. Fanatismus jeglicher Couleur ist in einem demokratischen Gemeinwesen fehl am Platze.

Marc Schneider, Karben

Diskussion: frblog.de/f20221128

Billige Argumente

Zu: „Arztpraxen bleiben zu“, FR-Region vom 29. November

Es ist schon wirklich anmaßend, was die Standesorganisation „Kassenärztliche Vereinigung Hessen“ da fordert. Ob einzelnen Ärzte ihre Praxen zum Streik schließen, hat persönliche, eigene Gründe und ist allein ihre Entscheidung.

Arrogant in den Forderungen dagegen die Standesvertretung: Billig ein Rundschlag gegen die Politik mit „bodenloser Frechheit“, aber undifferenzierten Erwartungen, wie die offensichtlich verarmten* Praxen zu retten seien.

Wir Patienten kennen sehr viele Ärzte, die auch als Niedergelassene gut und als Spezialisten sehr gut verdienen (unter anderen Augen, Zahn- und Röntgenärzte). Ihr guter Einsatz wird anerkannt und von den Hilfesuchenden gewürdigt!

Verlogen die Aussage zur mangelnden Wertschätzung: Wir sind Abhängige! Man kann von einer überwiegend intelligenten Berufsgruppe erwarten, dass sie ehrlich argumentiert, keine populären Effekte sucht und schon gar nicht ihre zukünftigen Mitarbeiter diskreditiert.

Detlef Geisendörfer, Frankfurt

Die Weichen wurden längst falsch gestellt

Klimapolitik: „Man muss mehr Druck auf China ausüben“, FR-Politik vom 25. November

Das groß auf Seite 1 aufgemachte Interview mit dem „renommierten“ Klimaforscher Mojib Latif lässt einen mehr als ratlos zurück. Mit der Forderung einer „Allianz williger Länder“ wiederholt und bestärkt Latif lediglich die politische Stilfigur von Olaf Scholz, der die Klimakrise mit einem „Klimacub williger Länder“ bekämpfen will, während er selbst bzw. die Ampelregierung wenig vorbildlich und kontraproduktiv u.a. die Erschließung neuer Erdgasfelder im Senegal mit deutschen Steuergeldern fördern will und im eigenen Land die LNG-Infrastruktur massiv ausbaut, wohl wissend, dass diese über Jahrzehnte genutzt werden muss bzw. soll, um wirtschaftlich zu sein. Die angekündigte Umstellung auf grünen Wasserstoff bleibt dage-

gen mehr als vage und wird auf den – extrem teuren und alles andere als sicheren – Import über weite Strecken (Australien) und vor allem aus den labilen autokratischen Krisenstaaten Nordafrikas und den Golfdiktaturen und damit auf die Schaffung neuer Abhängigkeiten von dubiosen wie unsicheren Partnern fokussiert, anstatt die ausreichenden und sofort umsetzbaren Potenziale im eigenen Land und EU-weit zu erschließen. Hierzu jedoch kein Wort.

Die einleitend angekündigte Mitteilung einer „Erwartung an die Ampel-Regierung“ bleibt unbeantwortet. Auf die Frage von Joachim Wille: „Tut Deutschland, das heißt, die Ampel-Koalition, denn zu Hause genug für den Klimaschutz? Und wo müsste sie ansetzen?“, heißt es

lapidar ausweichend: „Das kann man jetzt angesichts der Energiekrise schlecht bewerten. Außerdem ist die Ampel ja erst ein Jahr im Amt.“ So, als hätte die Ampel mit dem weiteren Ausbau der zentralen fossilen Infrastruktur nicht schon maßgebliche – falsche – Weichen gestellt und keinen Plan für eine vollständig regenerative, sichere und bezahlbare Energieversorgung vorgelegt.

Stattdessen soll „man mehr Druck auf China ausüben“. – Wer ist „man“ und wie soll dieser „Druck“ aussehen? Und glaubt Herr Latif wirklich, dass Chinas Alleinherrscher sich per „Druck“ auf eine Klimaschutzlinie bringen lässt, während das „Klimaschutzland Deutschland“ die fossile Infrastruktur weiter ausbaut? Heidger Brandt, Emkendorf